

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 40449 Amt Köln

Nummer 136

Preisnehmer Nr. 1

Laasphe, Montag den 15. Juni 1931

56. Jahrgang

Keine Illusionen!

Schwerer wirtschaftlicher Rückschlag. — Was wird werden?

Unsere Wirtschaft hat in den letzten Wochen einen Rückschlag von ungeheurer Gewalt erfahren müssen. Wie ein Naturereignis, elementar, grausam, haben die Auswirkungen der Erkenntnis, daß die deutsche und Weltwirtschaftskrisis trotz aller gebrachten Opfer nicht gemindert werden können, daß sie sich vielmehr nur noch weiter verschärft haben, in allen Zweigen unserer Wirtschaft, in der Industrie, im Gewerbe, im Handel gewirkt, und die Verheerungen spiegeln sich deutlich in dem katastrophalen Niederrück des Kursniveaus an der Börse wider.

Die Situation, in der wir heute stehen, ist nicht unähnlich derjenigen, wie wir sie in der Inflation und in der Deflation wirtschaftlich zu bestehen hatten. Es ist sehr charakteristisch, daß gerade jetzt auf Grund wissenschaftlicher Forschung die Feststellung getroffen werden muß, daß Ausmaß und Grad unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedrückung auf den Stand von 1924, unmittelbar nach Ueberwindung der Inflation, gesunken sind.

Diesen Rückschlag in einer solchen Schärfe und Ausdehnung hat niemand vorausgesehen und konnte auch niemand voraussehen. Man hatte, zumal nach den ersten hoffnungsvollen, freilich von der deutschen Börse gleich fehlbeurteilten und fehlbedingten, Besserungserwartungen in den ersten Monaten dieses Jahres wenigstens mit einem Stillstand der Krisis rechnen zu können geglaubt. Alle unsere deutschen Wirtschaftsführer haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Es ist aber ganz anders gekommen: Wir haben in Deutschland trotz Einsatz aller Kräfte und trotz schwerster Opfer allein nicht durchsehen und isoliert keine Besserung der Konjunktur und damit der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse nicht ermöglichen können. Die Kapitalzufüsse von außen, auf die wir auf die ersten Anzeichen eines Konjunkturaufstiegs rechnen zu können glaubten, blieben aus, weil die Weltwirtschaftskrisis noch nicht die letzte Etappe durchschritten hatte. Im Gegenteil haben gerade in den maßgebenden Ländern, vor allem in Amerika, in den ersten Monaten dieses Jahres Finanzkatastrophen sich ereignet, die an Größe und Schwere selbst die vorangegangenen Vorgänge, die man schon in diesem Jahr seit Jahrzehnten in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten nicht mehr erlebt hatte, übertrafen. So blieb für Deutschland gerade in einem Augenblick, in welchem es wieder einigermaßen festen Boden unter seinen Füßen zu haben glaubte, die zusätzliche auswärtige Hilfe aus, und so kam es notwendigerweise zu einem in seinen inneren und äußeren Wirkungen verschärften Rückschlag.

Dieser Rückschlag und seine Folgen für die gesamte Geldwirtschaft sind auch die Ursache dafür, daß der Youngplan, der ja Schrittmacher für den deutschen Kredit im Ausland sein sollte, seine Funktionen nicht mehr zu erfüllen vermochte. Schon alsbald nach Inkrafttreten dieses Planes zeigten sich ja die wirtschaftlichen Fehler und Mängel, die, wie das auch rasch einsehende und sich mit grausamer Unerbittlichkeit fortsetzende Sinken des Kurses der Younganleihe auf sämtlichen internationalen Plätzen bewies, diesem Werk um deswillen anhafteten, weil mit ihm, wie mit allen vorangegangenen, politische Tendenzen verquickt waren. Und diese politischen Hemmungen sind es damals wie heute, die ein wirtschaftliches Gelingen und Wirken verhindern.

Durch die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise ist es nun dahin gekommen, daß anstatt der im Youngplan vorgesehenen jährlichen Erleichterungen für Deutschland von etwa 600 Millionen Mark eine zu den ursprünglichen jährlichen Reparationsverpflichtungen hinzukommende zusätzliche Mehrbelastung von mindestens der gleichen Summe hinzutritt. Dadurch haben wir nicht eine Entlastung, sondern eine verdoppelte Belastung bezüglich der auswärtigen Schuldverpflichtungen erfahren müssen. Hier liegt die Quelle der großen wirtschaftlichen Krisis, vor der wir stehen, und die nicht nur zu einer wirtschaftlichen, sondern zu einer politischen Katastrophe sich auszubilden Gefahr läuft.

Dadurch, daß die Dinge sich in der eben gekennzeichneten Art entwickelt haben, verfügen wir jetzt auch über gar keine sichere Grundlage zur Beurteilung der künftigen Konjunkturgegestaltung. Die durch die Verschärfung der Krisis hervorgerufenen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbrüche bei uns wie in den anderen Ländern wirken in ihrer Schärfe sich progressiv aus, sie treffen heute doppelt und dreifach schwerer den an sich schon totwundenen Wirtschaftskörper. Bei uns in Deutschland reißen die Hubschrauben nicht ab, selbst alte und festbegründete Unternehmungen gehen zugrunde, oder aber sie kommen mit Verlustabschlüssen heraus, die das Schlimmste befürchten lassen. Der Fall der österreichischen Kreditbank in Wien und die Tatsache, daß in einer einzigen Woche in den Vereinigten Staaten etwa 12 Banken falliert gegangen sind, in Verbindung mit den täglichen Verheerungen im Geschäftsleben aller Länder — alles das zeigt, daß das Schlimmste, das wir bereits überstanden zu haben glaubten, uns erst noch bevorsteht, nämlich die Generalreinigung und die Generalflutierung, bei der sich insbesondere für die Besitzer von Aktien noch manche Enttäuschungen ergeben werden. Was wir jetzt als Flucht aus den Effekten an der Börse sehen, ist ja schon Vorzeichen dessen, was auf diesem Gebiete vorgeht. Es ist ein schlechter Trost, sich mit dem Hinweis darauf

beruhigen zu sollen, daß die größere Strecke der Depression hinter uns liegt. Was aber noch vor uns steht, hat um vieles schärfere und grausamere Wirkung. Vorerst sind Voraussetzungen und Möglichkeiten für einen konjunkturellen Anstieg auch nicht gegeben und noch nicht einmal zu sehen, und was sich in dieser Beziehung eine zeitlang herauszubilden schien, ist mittlerweile wieder verloren gegangen. Die furchtbare Folge ist die, daß die Arbeitslosenziffer, die jetzt im Durchschnitt sich auf die erschütternde Ziffer von vier Millionen beläuft, gegenüber einem Durchschnitt in dem wirtschaftlich doch schon recht schlechten Jahr 1930 von 2,5 Millionen, im kommenden Winter, wenn nicht noch in letzter Stunde ein Konjunkturauftrieb durchgesetzt werden kann, noch weiter steigen wird, und man rechnet schon heute für diesen Winter mit einer erheblichen und geradezu schreckenerregenden Arbeitslosenziffer, die sich zwischen fünf und sechs Millionen bewegt. Das sind grausame und bittere Feststellungen, die aber gemacht werden müssen, um uns vor Illusionen zu bewahren.

Die Ungewißheit der Lage.

Nur zwei Stimmen Mehrheit beim Beschluß der Volkspartei.

Berlin, 14. Juni.

In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders auch für die Frage, welche Entscheidung die Landvolkpartei treffen wird. — Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk am nächsten steht, berichtet, diese Fraktion werde sich voraussichtlich ähnlich entscheiden wie die Deutsche Volkspartei und so sei die Einberufung des Reichstages so gut wie gesichert.

In den Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, gilt es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Reichstagsrat für die Parlamentsmeinung eine Mehrheit ergibt. Man hofft immer noch, daß sich für die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, auf die Einberufung zu verzichten.

Die Fraktion tritt am Montag erneut zusammen, um sich mit dem sachlichen Inhalt der Notverordnung zu beschäftigen. Es liegt nahe, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal über die grundsätzliche Einstellung zur Reichstagsberufung unterhält, zumal die Mehrheit für die Einberufung nur zwei Stimmen betrug; von den 28 anwesenden Abgeordneten hatten 15 für die Einberufung und 13 dagegen gestimmt. Entgegen anderslautenden Darstellungen hat übrigens Dr. Curtius nicht vorher die Beratung verlassen, sondern sich mit an der Abstimmung beteiligt.

Die weitere Entwicklung wird wesentlich von der Besprechung beeinflusst werden, die in Neudorf zwischen Reichspräsident, Reichskanzler und Staatssekretär Meißner stattfindet. Wenn man davon spricht, daß der Kanzler Vollmachten, z. B. zur Auflösung des Reichstages, mitgebracht habe, so handelt es sich nur um Vermutungen, denen ernsthafte Zweifel entgegenzusetzen werden. Eher wäre es nach Auffassung unterrichteter Kreise möglich, daß noch Bemühungen zu einer sachlichen Verständigung zwischen dem Kanzler und der Deutschen Volkspartei einlehen, wie ja auch vorher mit den Sozialdemokraten verhandelt werden muß. Die endgültige Entscheidung fällt aber erst am Dienstag in der Sitzung des Ältestenrates.

Wirtschaftsparteiler gegen Wirtschaftspartei.

Berlin, 13. Juni. Eine größere Anzahl von Vertrauensleuten der Wirtschaftspartei aus Berlin und dem Lande hat in einer in Berlin stattgefundenen Zusammenkunft einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Beschluß der Vorstands- und Führertagung der Wirtschaftspartei, die Einberufung des Reichstages zu fordern und der Notverordnung Kampf anzulagen, aufschärfte verurteilt wird. Die Verordnung berücksichtige bei der Krisensteuer die schwere Lage und die verminderten Einnahmen des Mittelstandes in jeder Beziehung. Die Führung der Wirtschaftspartei habe mit ihrem verantwortungslosen Beschluß die klaren Mittelstandsinteressen aufs schwerste geschädigt.

Reichslandbund gegen Reichsregierung.

Und gegen die Notverordnung.

Mannheim, 15. Juni.

In Heidelberg fand eine Bundesvorstandssitzung des Reichslandbundes statt, die einstimmig eine Entschließung gegen die Notverordnung faßte, die für die Landwirtschaft eine schwere Enttäuschung bedeute. Die Entschließung übt an allen Punkten der Notverordnung schärfste Kritik und schließt mit dem Satz:

„Der Reichslandbund hat nicht das Vertrauen, daß dieses Reichskabinett das deutsche Volk auf dem Wege zur Rettung und Befreiung führen wird. Der Reichslandbund ist der Ueberzeugung, daß die Führung des deutschen Volkes aus unerträglicher Not ungeklärt in die Hände anderer, entschlossener und zur rettenden Tat bereiter Männer gelegt werden muß.“

Hindenburg hinter Brüning.

Die Bemühungen des Kanzlers. — Entscheidende Besprechungen am Montag.

Berlin, 15. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning setzte am Samstag seine Bemühungen fort, die Parteien von der Unzumutbarkeit einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages und einer Abänderung der Notverordnung zu überzeugen.

Schon daraus ergibt sich, daß der Reichspräsident sich mit der von Dr. Brüning verfolgten Linie der inneren Politik einverstanden erklärt hat.

Kurz nach 4 Uhr mußte der Reichskanzler nach Hildesheim zur Teilnahme an der Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei abreisen. Vor der Abreise ist eine Änderung der innerpolitischen Lage nicht erfolgt. Das Hauptinteresse politischer Kreise konzentriert sich naturgemäß weiter auf die Frage, ob die Deutsche Volkspartei am Montag auf ihrem Beschluß von Donnerstagabend beharren oder sich befeindigen wird, ihn zu revidieren.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, rechnet man schon damit, daß die Deutsche Volkspartei auf die Einberufung des Reichstages verzichten wird.

Bisher liegen für diese Auffassung nur rein stimmungsmäßige Anzeichen vor, die man vor allem in dem erneuten Eindruck zu finden glaubt, den der starke Devisenabzug der letzten Tage allgemein gemacht hat. Aus dem Kreis der Fraktionsminderheiten sind auch Bemühungen im Gange, die eine Plattform für die Abänderung des Donnerstagbeschlusses suchen. In welcher Weise dies möglich sein soll, weiß man bisher freilich noch nicht. Am Montag wird der Kanzler voraussichtlich Gelegenheit nehmen, noch einmal mit dem Führer der Deutschen Volkspartei zu sprechen.

Wenn der Kanzler auf die beabsichtigte große Hildesheimer Rede verzichtet hat, so hat das seinen Grund wohl darin, daß er alles vermeiden will, was die Situation weiter verschärfen könnte. Er vertritt sich offenbar nur von einer neuen persönlichen Aussprache etwas.

In Regierungskreisen wird allerdings betont, daß Dr. Brüning gerade nach dem Besuch in Neudorf nicht daran denkt, sachlich etwas von seinem Standpunkt und namentlich von der Notverordnung aufzugeben.

Die Schwierigkeiten liegen ja vor allem darin, daß die Wünsche der Deutschen Volkspartei und die der Sozialdemokraten ziemlich weit auseinandergehen. Es gibt deshalb bereits Kreise, die die Ansicht vertreten, das beste Kompromiß sei, die Notverordnung so zu lassen, wie sie ist.

Erhöhung des Reichsbankdiskontes.

Von 5 auf 7 Prozent.

Berlin, 14. Juni.

Die Reichsbank hat mit sofortiger Wirkung den Wechseldiskontsatz um 2 Prozent auf 7 Prozent und den Lombardzinsfuß von 6 auf 8 Prozent erhöht.

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete Reichsbankpräsident Dr. Luthar die Diskonterhöhung wie folgt:

Seit Ultimo des Jahres hat die Reichsbank in erheblichem Maße Gold und Devisen abgegeben müssen. Zunächst zwar hielten sich die Abzüge in verhältnismäßig engen Grenzen, die angesichts des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank und angesichts der Tatsache, daß der Notenumlauf sich entsprechend verminderte, ein weiteres Abwarten als unbedenklich und angezeigt erscheinen ließen. In den letzten Tagen sind jedoch die Anforderungen außerordentlich gestiegen. Hinzu kommt, daß auch eine stärkere Inanspruchnahme des Wechselkredits der Reichsbank eingeleitet hat, so daß die Reichsbank nunmehr gezwungen ist, deutliche Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Doumergue geht, Doumer kommt.

Paris, 15. Juni.

Die Uebernahme der Präsidentschaft der Republik durch Paul Doumer hat sich gemäß dem vorher festgelegten Modus vollzogen. Doumer war vom Ministerpräsidenten Laval im Senatsgebäude eingeholt worden. Beide begaben sich im offenen Wagen, geleitet von zwei Schwadronen republikanischer Garde durch festlich besetzte Straßen zum Elysee, wo Präsident Doumergue, umgeben von den Mitgliedern des Kabinetts, den Präsidenten und Vizepräsidenten sowie Mitgliedern von Senat und Kammer Präsident Doumer und Ministerpräsident Laval erwartete. In seiner Ansprache an den neuen Präsidenten der Republik erklärte Präsident Doumer, daß die Nation den Patriotismus, den Charakter und die zähe Arbeitskraft Doumers erprobt habe.

Der neue Präsident der Republik, Paul Doumer, erwiderte, daß der einmütige Dank der Nation den scheidenden Präsidenten begleite. Das Land werde nicht vergessen, daß Präsident Doumergue während seiner siebenjährigen Amtszeit in schwierigen Stunden als optimistisches Staatsoberhaupt sich erwiesen und beruhigend und ermunternd gewirkt habe. Dem Frieden bleibe das Land nach dem alor-

reichen und schmerzlichen, aber heroisch ertragenen Verlusten mehr denn je zugetan.

Nach Uebergabe der Staatsgewalt, die auch in der Ueberreichung des Großkreuzes der Ehrenlegion an Präsident Doumer zum Ausdruck kam, begab sich der neue Präsident der Republik in Begleitung von Ministerpräsident Laval in das Pariser Rathaus, wo ihm vom Gemeinderat ein offizieller Empfang bereitet wurde.

Kabinett Laval bleibt.

Ministerpräsident Laval hat dem Präsidenten der Republik, Doumer, das Rücktrittsgesuch des Kabinetts überreicht. Präsident Doumer lehnte jedoch eine Demission des Kabinetts ab, so daß dieses in seiner bisherigen Zusammenfassung weiterhin die Geschäfte führen wird.

Im englischen Licht.

Größte Aufmerksamkeit für die Lage in Deutschland.

London, 14. Juni.

Die Lage in Deutschland und ihre weitere Entwicklung wird von der englischen Presse mit Aufmerksamkeit verfolgt. In den Berichten der Berliner Korrespondenten wird zwar kein Hehl daraus gemacht, daß die Verhältnisse schwierig sind, insbesondere wird das Zunehmen der Straßentumulte stark beachtet, trotzdem werden die Dinge nur registriert und keineswegs sensationell aufgearbeitet.

Im allgemeinen ist die Beurteilung objektiver und ruhiger als in manchen deutschen Organen.

Im „Daily Herald“ finden in Deutschland umgehende Gerüchte über Diktaturpläne, die von der Schwerindustrie ausgehen und die Niederwerfung der Gewerkschaften zum Ziele haben sollen, viel Beachtung. „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit dem Vorstoß der Volkspartei. Er rechnet nicht damit, daß die Partei an ihrem Entschluß, die Einberufung des Reichstages zu verlangen, festhalten wird. „News Chronicle“ schließt einen längeren Bericht mit der Bemerkung, wenn auch die Nachricht einiger Berliner Abendzeitungen, daß die Flamme des Bürgerkrieges sich über das Land ausbreitet, übertrieben sei, so trügen doch viele der so häufig auftretenden Zwischenfälle einen ernsten Charakter. Charakteristisch für das Vertrauen in die Festigkeit und Entschlossenheit des Reichstanzlers, das in den englischen Meldungen zum Ausdruck kommt, ist die Feststellung des „News Chronicle“-Korrespondenten:

„Der Kanzler, der immer seine besten Fähigkeiten zeigt, wenn er von Schwierigkeiten bedrängt ist, ist entschlossen, den gleichzeitigen Ansturm der Kommunisten, Faschisten und Industriemagnaten bis zum Ende auszuhalten.“

Der „Times“-Korrespondent schreibt, die politischen Schwierigkeiten seien der Volkspartei zuzuschreiben. Es sei die Krise, die, wie üblich, durch dieselbe Partei und in derselben Art wie früher verursacht worden sei. Wenn sie auch angesichts der allgemeinen Lage außergewöhnlich ernst sei, so dürfe sie doch in der üblichen Weise gelöst werden. Der Kanzlers Festigkeit werde allgemein als das richtige Mittel angesehen, um mit der Situation fertig zu werden. Es handle sich im Augenblick um einen Versuch, die chaotische Diktatur von Parteiquellen wiederherzustellen, von der Brüning die Regierung habe befreien wollen. Ein einmaliges Nachgeben des Kanzlers werde wahrscheinlich die Autorität, die er aufgebaut habe, wieder vernichten.

„Financial News“ stellt fest, daß die finanzielle Lage Deutschlands in der Londoner City das Hauptgesprächsthema gebildet habe. Das Blatt registriert auch die Tatsache, daß die in Berlin in Umlauf gesetzten Gerüchte über einen angeblichen Rücktritt der Regierung Brüning Kurseinbußen der deutschen Anleihe in London herbeigeführt hätten. Es sei offensichtlich, so schreibt das Blatt weiter, daß die Reichsbank keine Anstrengungen spare, um selbst auf Kosten einer beträchtlichen Verminderung des Goldbestandes die Stabilität der Währung aufrecht zu erhalten. Viel hänge davon ab, ob während der nächsten zwei oder drei Wochen eine wirkliche Besserung der politischen Situation eintreffe.

Was die innere Lage anlange, so bestehe kein Grund zur Beorgnis. Für den Fall, daß der gegenwärtige Zustand der Unsicherheit andauern sollte, rechnet das Blatt jedoch damit, daß der Abfluß von Kapital und die Verminderung der ausländischen Kredite ihren Fortgang nähmen. Es stellt zum Schluß fest, daß letzten Endes die Lösung des Reparationsproblems über alles entscheiden werde.

Hitler zur Notverordnung.

Und zur Tributfrage.

München, 14. Juni. In einer Rundgebung der NSDAP. im Zirkus Krone sprach Adolf Hitler. Er erklärte u. a., es sei widersinnig, wenn man erst die deutschen Finanzen sanieren und dann eine Revision der Tributverpflichtungen anstreben wolle. Das Ausland werde stets darauf hinweisen, daß ein Volk, das Milliarden neuer Steuern aufbringen könne, auch zur Zahlung der Kriegslasten fähig sei. Eine Revision des Tributplanes werde nie aus wirtschaftlichen Gründen, sondern nur aus politischen Gesichtspunkten heraus erfolgen. Die Frage heiße nicht: „Könnt Ihr zahlen?“ sondern: „Was ist mehr wert, euer Geld oder eure Kraft als Verbündete?“ Der Nationalsozialismus marschiere im rasenden Tempo seinem Siege entgegen. Die Verfassung werde ihn bis zum Siege geleiten. Am Tage des Sieges aber werde das deutsche Volk seine Notverordnung erhalten, die es in die Lage versetze, nach London und Rom zu gehen, um zu erklären: „Wir zahlen nicht mehr, denn das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland von gestern.“

Aus dem preußischen Landtag.

Abgelehnte kommunistische Anträge.

Berlin, 14. Juni. Der Preussische Landtag lehnte den Antrag, der das Staatsministerium ersucht, die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen, mit 206 gegen 181 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab.

Ferner lehnte der Landtag den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium, der mit der Mitwirkung der preussischen Regierung an dem Zustandekommen der Notverordnung begründet ist, mit 220 gegen 167 Stimmen ab.

Der preussische Kirchenvertrag angenommen.

Berlin, 14. Juni. Der preussische Landtag hat den Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen mit 202 gegen 54 Stimmen bei 105 Enthaltungen der Sozialdemokraten in dritter Lesung endgültig angenommen.

Feldübungen der polnischen Schuljugend

Unter militärischer Leitung.

Warschau, 13. Juni. In Spala, wo sich das Sommerlager des Staatspräsidenten Mosciad befindet, haben große Übungen der militärisch ausgebildeten Schuljugend begonnen. 12 000 Teilnehmer beiderlei Geschlechts aus allen Teilen des Landes haben in Spala ihre Zelte aufgeschlagen. Unter Führung des Infanteriegenerals Dzygna-Wilczynski und einer Reihe von aktiven Offizieren fanden im Beisein des Staatspräsidenten zunächst Feldübungen allgemeiner Art statt, um die militärische Tüchtigkeit der Teilnehmer zu erproben. Kriegsspiele wurden veranstaltet und Schießübungen abgehalten. Die Übungen sind zur großen Zufriedenheit der Militärs ausgefallen. Die Feldübungen sollen drei Tage dauern.

Mehr Wohlfahrtsberwerbslose!

Berlin, 14. Juni. Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes hat den Gemeinden, denen die Betreuung der Wohlfahrtsberwerbslosen obliegt, noch keine Erleichterung in finanzieller Hinsicht gebracht. Nach der Erhebung des Deutschen Städtetages ist vielmehr die Zahl der vom Arbeitsamt anerkannten Wohlfahrtsberwerbslosen in den Städten mit über 25 000 Einwohnern (die zusammen 25 Millionen Einwohner haben) weiter gestiegen. Sie beträgt am 31. Mai 1931 722 000 gegen 717 000 Ende April. Dazu kommen 30 000 Personen, deren Anerkennung als Wohlfahrtsberwerbslose noch aussteht bzw. vom Arbeitsamt abgelehnt wird.

Getreide soll vernichtet werden!

Ein Schlaglicht auf die europäische Wirtschaftskrise.

Belgrad, 14. Juni.

Ohne die südslawische auswärtige Politik oder die Handelspolitik einer Kritik zu unterziehen, erklärt die „Politika“, daß es notwendig sein würde, einen Teil der Ernteüberschüsse auf irgend eine Art zu beseitigen. Das Blatt betont, daß es sich der Unnatürlichkeit dieser Maßnahme voll bewußt sei. Allein es liege im unabweislichen Interesse der Volkswirtschaft und der öffentlichen Finanzen, daß ein Teil der Ernte ungefährlich gemacht werden müsse, damit nicht durch ein unbegrenztes Angebot die Preisbildung ungünstig beeinflusst werde.

Als wirksamstes Mittel empfiehlt das Blatt die Vernichtung eines Teiles der Getreideüberschüsse, wobei es auf das Beispiel Amerikas verweist, das im Jahre 1929 seine alten Getreidevorräte im Meer versenkt habe.

Schwere Straßenkämpfe in Roubaix.

Barrikaden. — Kavallerie gegen Streikende.

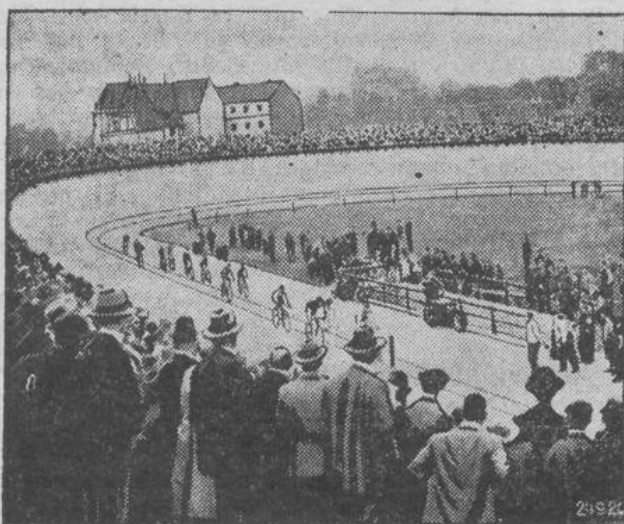
Paris, 14. Juni.

Zwischen der Polizei und Streikenden kam es zu sehr schweren Zusammenstößen. In den Straßen wurden Barrikaden errichtet. Die Polizei mußte der Uebermacht weichen, und es wurde berittene Gendarmerie eingesetzt. Die Demonstranten zogen sich in die Höfe zurück und eröffneten einen Steinhaagel. Ein Gendarm wurde schwer verletzt.

Abends um 9 Uhr gingen Streikende mit Steinen, Flaschen und dergleichen gegen eine Kavallerieabteilung vor, wobei ein Reutnant lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Ebenso wurde auch ein mit Mobilgarde besetztes Lastauto umzingelt und heftig angegriffen, wobei der Fahrer ernstlich verletzt wurde. Die Mobilgarde schwärmte aus und konnte die Angreifer zurückdrängen. Um 21.30 Uhr zogen sich die Massen wieder in die Höfe der Hauptstraßen zurück, doch entschloß sich die Polizei nicht zu einer Säuberungsaktion, da die Uebermacht der Arbeiter zu groß war.

Um 22.30 Uhr strömten die Demonstranten wieder zu Tausenden auf die Straßen hinaus und griffen die Polizei an verschiedenen Stellen an. Eine halbe Stunde später begannen die Führer das Pflaster aufzureißen und Barrikaden zu errichten.

Kurz nach Mitternacht wurde die Lage so ernst, daß die Gendarmen mit dem Polizeipräsidenten über einen Angriff berieten. Es wurde beschlossen, bis zum Tagesanbruch zu warten.



Die beste Radrennbahn Deutschlands.

In Bochum wurde kürzlich die neue Radrennbahn ihrer Bestimmung übergeben, die nach fachmännischem Urteil die beste Bahn Deutschlands ist. Sie ist 333½ Meter lang, 8 Meter breit und hat in den Kurven eine Steigung von 45 Grad, so daß auch Steher- und Motorradrennen dort ausgetragen werden können. — Unser Bild zeigt die Radrennbahn in Bochum.

Aus der Heimat

Montag den 15. Juni 1931

Zeitgemäße Betrachtungen.

So geht es nicht mehr weiter!

Noch immer tönt das alte Lied, noch geht die alte Klage, betrübend ist, wogin man steht, die allgemeine Lage, der allzu harte Kampf um's Sein erlaubt die besten Streiter, und schließlich steht ein jeder ein: So geht es nicht mehr weiter!

Schon ist die Krise allgemein und will nicht wieder schwinden da greift die Notverordnung ein, um sie zu überwinden. Sie will es schaffen jedenfalls, wird es auch manchmal teuer, ad eins durch Kürzung des Gehalts, ad zwei durch Krisensteuer.

Man hat erkannt, es geht nicht mehr, drum wurde sie beschlossen, den Steuerzahler trifft sie schwer, und mancher spricht verbittert: Ich bin ein guter Bürgermann, ein allzeit hilfsbereiter, ich hab' gepfeift, was ich kann, nun kann ich nicht mehr weiter.

Natürlich ist dies Not-Dekret nur durch die Not geboren, ein Zeichen, wie es mit uns steht, daß alles wir verloren. Das Geld wächst, es sinkt der Mut, es floden die Geschäfte, wir zahlen Schulden und „Kribut“ weit über unsre Kräfte.

Der Youngplan hat's uns angetan, es mußte ja so kommen, es hat der böse Zahlungsplan das Beste uns genommen. Wir haben der Erfüllung Pflicht gelobt wie kaum ein zweiter, nun aber lautet der Bericht: So geht es nicht mehr weiter.

Drum reiste kürzlich der Entschluß im Diplomatentriebe: Herr Brüning und Herr Curtius gehen auf die Engländerreise, sie haben sich in Chequers dann sehr freundlich unterhalten, man hörte sie auch freundlich an und sonst bleibt's noch „beim alten“!

Und weiter tönt das alte Lied und hallt die alte Klage und was nun wird und was geschieht, das ist die bange Frage, die mehr als je erkennen läßt: So geht es nicht mehr weiter, drum deutsches Volk, sei stark und fest und hilf dir selbst! — — Ernst Heiler.

Krüppelfürsorge.

Am Dienstag den 16. Juni 1931 wird von der Krüppelfürsorge des Kreises Wittgenstein für alle Kinder, die unter das Krüppelgesetz vom 6. Mai 1920 fallen, durch einen orthopädischen Facharzt der Provinzialverwaltung in Münster, ein unentgeltlicher Untersuchungstermin abgehalten. In dem Gesetz heißt es: „In dieser Fürsorgestelle wird Beratung für Krüppel oder für solche Personen unter 21 Jahren erteilt, die der Gefahr der Verkrüppelung ausgesetzt sind.“ § 8. Eine Verkrüppelung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn eine Person (Krüppel) infolge eines angeborenen oder erworbenen Knochen-, Gelenk-, Muskel- oder Nervenleidens oder wegen Fehlens eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen in dem Gebrauch ihres Rumpfes oder ihrer Gliedmaßen nicht nur vorübergehend derart behindert ist, daß ihre Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich wesentlich beeinträchtigt wird.“ Um der dauernden und schweren Verkrüppelung vorzubeugen, kommt es vor allem darauf an, die Kinder rechtzeitig und zwar bei den Anfangserkrankungen und bei leichteren Formen von Knochen- und Gelenkerkrankungen (Tuberkulose) sowie Rückenverbiegungen, Lähmungen und Verkrüppelungen infolge Rachitis (englischer Krampf) der ärztlichen Untersuchung und eingehender Behandlung zuzuführen. Die Untersuchungen finden statt:

in Verleburg 8 Uhr vormittags im Kreisstranthenhaus, in Laasphe 2 Uhr nachmittags im Bürgermeisteramt, in Erndtebrück 3½ Uhr nachm. in der Volksschule.

* Sommerferien. Wie aus der heutigen Bekanntmachung hervorgeht, sind die Sommerferien für die Volksschulen im Kreise Wittgenstein folgendermaßen festgesetzt: Mit Ausnahme in den Städten Verleburg und Laasphe ist der letzte Schultag am Freitag dem 3. Juli und der erste Schultag am Dienstag dem 28. Juli 1931. Abänderungsvorschläge seitens der Schulverbände müssen bis zum 25. Juni beim Landratsamt eingehen.

* Saison-Ausverkauf 1931. Wie von zuständiger Stelle verlautet, beginnt der diesjährige Saison-Ausverkauf in Rheinland und Westfalen einheitlich am Montag dem 20. Juli. Der Ausverkauf endet am 1. August.

* Rückgang der Benutzung der Polsterklasse. Im Jahre 1930 ist die Benutzung der Polsterklasse bei der Reichsbahn um nicht weniger als 17 Prozent zurückgegangen. 93,6 Prozent aller Reisenden benutzen die Holzklasse. Insgesamt wurden 1,83 Milliarden Personen befördert, was einen Rückgang des Personenverkehrs gegenüber dem Jahre 1929 um 7,6 Prozent bedeutet. 29 Prozent aller Reisenden wurden zum Normaltarif befördert, während alle anderen eine Ermäßigung in irgendeiner Form genossen.

Wetterausichten für Dienstag: Noch keine wesentliche Änderung.

Laasphe:

* Zwei Flugzeuge, ein Ein- und ein Doppeldecker, überflogen am Samstag nachmittag in nördlicher Richtung unsere Stadt. Gestern abend kurz vor 9 Uhr kehrten dieselben wieder zurück und verschwand hinterm Buhl. Sie flogen verhältnismäßig niedrig.

* Die Badeanstalt hatte gestern mit 110 Personen die höchste Besucherzahl der diesjährigen Badezeit aufzuweisen.

* Die Dampfwalze von der Firma Reiffenrath in Niederlahnstein traf Samstag mittag hier ein. Gegenwärtig walzt sie die Leerstraße von der Gasanerie bis etwa 800 Meter weiter in Richtung Kunst. Im Anschluß hieran wird sie auf der Strecke Banse-Bischelbach Verwendung finden.

* Vandalismus. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag fand am Gang zwischen Schlabbach und Bofsch die beiden Ruhebänke von Rohlingen vollständig zerstört worden. Hoffentlich gelingt es, die Burschen zu fassen und einer exemplarischen Strafe entgegenzuführen.

Da sind sie ungestört. Aber wo liegt das Jagdhaus?"

Deutscher Abend

veranstaltet von der
Bruderschaft Laasphe des Jungdeutschen Ordens
unter Mitwirkung
der gesamten Blöcher'schen Kapelle in Weisenbach
und des Tambourkorps des Laasphe Turnvereins
am Mittwoch den 17. Juni, abends 8 1/4 Uhr pünktl.
im Saale des Westf. Hofes zu Laasphe

1. Frisch voran! Marsch. Tambourkorps. P. Merkelt
2. Muffinan. Marsch. Kapelle. C. Carl
3. Tief in Schutt und Staub versunken. Gemeinf. Lied
4. Alte Kameraden. Marsch. C. Teike
5. Deutscher Schwur. Gedicht.
6. Medea. Ouvertüre. A. Wiggert
7. Vortrag. Reichstagsabgeordneter Bornemann
8. Ich hab mich ergeben. Gemeinf. Lied.

— Pause —

9. In Treue fest! Marsch. Tamb. u. Kap. C. Teike
10. Das Herz am Rhein. Lied für Tromba-Solo. W. Hill
11. Morgenblätter. Walzer. Joh. Strauß
12. Kriegerleben. Militärisches Potpourri Rode
13. Regensburger Turnermarsch. Tamb. u. Kap. F. Kleiber
14. Fredericus Rex. Armeemarsch 198 Radeck

Eintritt 50 Pfg. Erwerbslose und Kurzarbeiter 25 Pfg.

Die Einwohner von Laasphe und Umgegend sind hierzu
herzlich eingeladen.

Wirtschaftsverpachtung.

Zu dem am 2. August d. Js. stattfindenden
Volksfest soll die Wirtschaft am Mittwoch den 17.
d. Mts., abends 8 1/4 Uhr im Kurhaus Kohlstaedt
verpachtet werden.

Der Festausschuss.

Zur Gesichts-Bräunung

oder auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern ver-
wendet man die reizmildernde und kühlende Leodor-Gesichts-Creme. Tube
60 Pf. und 1 Mt. Wirksam unterstützt durch Leodor-Gesichts-Öl
50 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

„Er hat vier Jagden . . . aber zweifellos im Jagdhaus
in dem Bollinger'schen Forst. Diese Jagd liegt am gün-
stigsten . . . ist leicht zu erreichen . . . und das Jagdhaus
ist ganz einsam.“

„Was gedenkst du zu tun?“
„Zunächst greife ich mir den Chauffeur. Sitzer muß
auch mit! Brettschneider . . . pumpen Sie mir Ihre Ka-
mera! Ich denke, daß ich sie sehr gut gebrauchen kann.“
„Sollen Sie haben!“

Nach einer Viertelstunde zog Zumppe los.

Grade um diese Zeit erschien Dr. jur. Benno Koch bei
der Frau Minister — er hoffte auch den Minister anzu-
treffen — und hielt um Ufchi's Hand an.
Die Frau Minister antwortete sehr liebenswürdig, daß
sie mit ihrer Tochter sprechen wolle.

Sie begab sich zu Ufchi, die an einer zierlichen Stütze
in ihrem Mädchen stübchen saß. Sie sah etwas traurig und
müde aus.

„Ufchi . . . der Doktor ist da!“

„Ja, Mama!“

„Er hat um deine Hand angehalten!“

Ufchi seufzte. „Ich . . . dachte es mir, Mama!“

„Du kennst meinen und Papas Standpunkt. Herr Koch
ist ein Ehrenmann. Aber . . . die Entscheidung liegt bei
dir. Wir wollen dich nicht drängen. Bist unsere Einzige.“

„Ich will schon, Mama!“

„Kind!“ sagte die Mutter bekümmert, „glücklich schau-
st du nicht aus.“

„Mama!“ bat Ufchi und die Tränen stiegen ihr plötzlich
in die Augen.

„Kind . . . was ist denn?“

„Da weinte das Mädchen auf.“

„Du liebst ihn nicht?“

Sie schüttelte stumm den Kopf.

„Dann werde ich seine Werbung zurückweisen?“

„Nein . . . Mama . . . einmal muß ich doch heiraten
und ich denk' an euch mit . . .!“

„An uns denke nicht, Ufchi!“

Grasverkäufe.

Die Feugrasnutzung auf den nachbenannten fürstlichen
Wiesen soll öffentlich meistbietend gegen Barzahlung
wie folgt verkauft werden:

1. Domäne Salmannshausen am Dienstag den
16. Juni, vorm. 9.30 Uhr, im Erbach anfangend
2. Herrnwiese am Mittwoch den 17. Juni, vorm.
9.30 Uhr, oberhalb Friedrichshammer anfangend.

Wittgenstein, den 12. Juni 1931.

Fürst Wittgenstein'sche Rentkammer.

„Doch, Mama! Und . . . den . . . den Richtigen . . .
den kriegt man ja doch nicht.“

„Bleibst du einen anderen?“

Ufchi schwieg. Wieder wollte Frau Margot fragen, da
klingelte im Nebenzimmer das Telefon.

Der Minister war am Apparat.

„Richte dich heute nicht auf mich ein. Zwei dringende
Sitzungen . . . diese Geschichte mit dem Hauptbahnhof. Du
was denkst du, Margot . . . es sind Gerüchte vorhan-
den, die . . . Koch mit in diese faule Spekulationsgeschichte
hineinziehen. Wir müssen in Zukunft etwas vorsichtiger
sein.“

Frau Margot schrat zusammen.

„Es ist gut!“ sagte sie nur, denn im Nebenzimmer saß
Dr. Koch.

Sie legte den Hörer auf und begab sich ruhig und sicher
wieder in den Salon zu dem Doktor.

„Lieber Doktor,“ sagte sie freundlich, „Ich habe mit
Ufchi gesprochen. Sie ist noch etwas verwirrt und über-
rascelt. Ich habe sie darum nicht gedrängt, sondern bitte Sie,
ihr einige Tage Bedenkzeit zu lassen.“

Die Liebenswürdigkeit der Ministerin ließ keine Zwei-
fel in Dr. Koch aufkommen.

„Aber gewiß doch, gnädige Frau! Ich warte gern
einige Tage. Ich liebe Ihr Fräulein Tochter aufrichtig.“

Damit verabschiedete er sich mit hochgeschwellten Ge-
fühlen im Busen.

Zumppe suchte seinen Borgefreund Krähwinkel auf, der in
der Backstube der Bäckerei Hefentopf — der Mann hieß tat-
sächlich so — wirkte.

Der Meister kurrte ja ein bißchen, daß ihm sein Ge-
felle plötzlich auf ein paar Minuten entführt wurde, aber
Antons Humor glückte alles wieder aus.

„Du, Krähwinkel! Kannst du deinen Bruder, der doch
Chauffeur bei Koch ist, mal ranholen?“

„Du, der ist nicht mehr bei Koch!“

„Au Bock!“

(Fortf. folgt.)

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung
werde ich am Dienstag den 16. Juni
1931, vormittags 9 Uhr im Ver-
steigerungsorte Weiß in Fischelbach
1 Motor, 1 Rutter, 1 Wolf;

mittags 11 1/4 Uhr im Versteigerungs-
sorte Bleicher in Banse
1 Nähmaschine, 1 Glaschrank;

ferner nachm. 1 Uhr im Versteigerungs-
sorte Schärer in Laasphe
1 Schrankgrammophon

öffentlich meistbietend gegen sofortige
Barzahlung versteigern.

Laasphe, den 15. Juni 1931.

Westerholz, Obergerichtsvollzieher.

Suche zum 1. 7. tüchtiges, eheliches

Mädchen,

das sich keiner Arbeit scheut, nicht
unter 20 Jahren.

Bäckerei und Landwirtschaft

Gebr. Geisweidt,

Ferndorf b. Kreuztal, Wittgensteinstr. 2

Der oberschlesische Manderer

Verlag: Gleiwitz, Begründet 1828



Bei weitem verbreitetste
Tageszeitung Oberschlesiens
Erfolgreichstes Anzeigenblatt

Codesanzeige.

Gestern nachm. 2 1/4 Uhr entschlief sanft
nach langem, schwerem, mit großer Geduld er-
tragenem Leiden unsere liebe, treusorgende Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter,
Schwägerin und Tante

Frau

Wwe. Aug. Fischer I

Luise geb. Blucke

im 81. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

August Fischer I.

Laasphe, Hagen, den 15. Juni 1931.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 17. Juni,
2 1/4 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Von Beileidsbesuchen bittet man höflich absehen zu wollen.

Denn ich halte es dafür, daß dieser Zeit
Leiden der Herrlichkeit nicht wert sei, die
an uns soll geoffenbart werden.
Rom 8, 18.

Am Samstag Abend 6 1/4 Uhr entschlief
sanft in dem Herrn nach langem, mit großer
Geduld ertragenem Leiden, mein lieber Gatte,
unser guter, treusorgender Vater, Schwieger-
vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Schäfer

im 59. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Christian Schäfer.

Puderbach, den 14. Juni 1931.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 16. Juni,
nachmittags 4 Uhr statt.

Nachruf.

Am Samstag nachmittags 6 1/4 Uhr entschlief
sanft nach langem Leiden der

Landwirt

Karl Schäfer.

Der Verstorbene war vom Jahre 1910 bis
1924 in unserer Gemeinde als Gemeindevorsteher
tätig und bis zum Jahre 1929 als Gem.-Vorsteher-
Stellvertreter. Er ist stets mit regstem Interesse
der Entwicklung unserer Gemeinde gefolgt und
hat es sich angelegen sein lassen, das Gemein-
wohl fördern zu helfen.

Seinem Andenken werden wir ein warmes
Gedächtnis bewahren.

Puderbach, 15. Juni 1931.

Dr. Schulenburg, Schuppener,
Bürgermeister, Gemeindevorsteher.

Gemeindevertretung.

Laasphe Schützenverein.

Die diesjährige Grasnutzung auf dem Schützen-
platz soll am Mittwoch den 17. d. Mts., abends
8 1/4 Uhr im Kurhaus Kohlstaedt verpachtet werden

Der Vorstand.



das ärztlich empfohlene Mittel gegen Hühneraugen.

Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballenreiben, Plaster,
dofe (8 Plaster) 75 Pfg. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße
u. Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und
Drogerien. Siger zu haben: Wittgenst. Drogerie Max Siger.